



Ressort: Mixed News

Wer sind Trumps Milizen?

Washington / USA, 15.02.2026 [ENA]

Nach den Anschlägen vom 11. September gegründet, sollte das Department of Homeland Security die USA vor Terrorismus schützen. Unter Donald Trump gerät besonders ICE in die Kritik: Gegner sehen in der Behörde eine paramilitärische Kraft, die in Städten gegen Migranten und Proteste eingesetzt wird.

Das Department of Homeland Security (DHS) wurde 2002 als unmittelbare Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 geschaffen. Unter Präsident George W. Bush erhielt das neue Ministerium den Auftrag, die Vereinigten Staaten vor äußeren Bedrohungen zu schützen, kritische Infrastrukturen zu sichern und nationale Notfallreaktionen zu koordinieren. In das DHS wurden mehr als zwanzig Bundesbehörden integriert, darunter auch jene für Grenzschutz und Einwanderung. In der damaligen politischen Situation, geprägt von der Angst vor internationalem Terrorismus, fand die Ausweitung föderaler Kompetenzen breite Zustimmung in der Bevölkerung, während Fragen innerstaatlicher Machtausübung kaum im Fokus standen.

Mehr als zwanzig Jahre später erscheint die Rolle des DHS grundlegend verändert. Während der Präsidentschaft Donald Trumps verlagerte sich der Schwerpunkt deutlich auf die Durchsetzung des Einwanderungsrechts. Die Immigration and Customs Enforcement (ICE) wurde massiv ausgebaut und gemeinsam mit der Customs and Border Protection (CBP) in großem Umfang in amerikanischen Städten eingesetzt. Ziel war es, Festnahmen, Inhaftierungen und Abschiebungen mutmaßlich irregulärer Migranten zu beschleunigen. Die Regierung formulierte das ambitionierte Ziel von bis zu 3.000 Abschiebungen pro Tag. Kritiker sprechen von einer Militarisierung des urbanen Raums und einer Neudefinition innerer Sicherheit.

Besonders in Städten wie Minneapolis, Portland, Chicago und Los Angeles eskalierten die Spannungen. Kommunalverwaltungen werfen der Bundesregierung vor, ohne Abstimmung zu handeln und bestehende Konflikte zu verschärfen. ICE-Agenten patrouillieren teils maskiert, führen Razzien durch und begleiten Einsätze im Umfeld von Protesten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Fall von Minneapolis: Am 7. Januar 2026 erschoss ein ICE-Agent die 37-jährige US-Bürgerin Renée Nicole Good, die sich mit zivilgesellschaftlichem Monitoring der Behörden befasste. Der Vorfall löste rechtliche Auseinandersetzungen aus und verschärfte die Debatte über Kontrolle und Verantwortlichkeit föderaler Sicherheitskräfte.

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Parallel dazu intensivierte ICE seine Rekrutierungsstrategie, gestützt durch einen um mehr als 100 Millionen Dollar erhöhten Haushalt. Neue Mitarbeiter werden gezielt in bestimmten Milieus angeworben, unter anderem über Geofencing-Werbung in der Nähe von Militärbasen, Waffenmessen, Rodeos, NASCAR-Rennstrecken und UFC-Events. Diese Orte stehen für Disziplin, Risikokultur und eine stark ausgeprägte patriotische Identität. Ergänzt wird dies durch Influencer aus dem „tactical lifestyle“-Milieu, die Stärke, Gehorsam und Einsatzbereitschaft als moralische Mission darstellen. Kritiker sehen darin den Aufbau eines spezifischen Profils föderaler Einsatzkräfte mit weitreichenden Folgen für Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bericht online lesen: https://fpac.en-a.eu/mixed_news/wer_sind_trumps_milizen_-92935/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Francesco Pace

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.